



Antrag

der Fraktion der SPD

Wir fordern einen Flüchtlingspakt für Schleswig-Holstein

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, zur Bewältigung der vielfältigen Herausforderung bei der Unterbringung und Integration von geflüchteten Menschen in Schleswig-Holstein mit den Akteuren in Politik, Wirtschaft, Kirchen, Sozialverbänden, Flüchtlingsverbänden, Ehrenamt, Wohnungswirtschaft und Mittelstand eine Vereinbarung nach dem Vorbild des Flüchtlingspaktes von 2015 und seinen Fortschreibungen zu schließen und eine Organisationsstruktur aufzubauen, die eine kurzfristige und unbürokratische Umsetzung der vereinbarten Maßnahmen sowie eine reibungslose Kommunikation zwischen dem Land und den Beteiligten gewährleistet.

Begründung

Das anhaltende Bürgerkrieg in Syrien, der Terror religiöser Extremisten gegen die Bevölkerung in Afghanistan und im Iran und der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine mit seinen Auswirkungen weit über Europa hinaus haben katastrophale Auswirkungen auf die Freiheit und Lebenssituation der Menschen in den betroffenen Staaten. Viele Menschen sind deswegen bereits vor Krieg und Verfolgung geflohen und werden wohl für einen langen Zeitraum nicht in ihre Heimat zurückkehren können. Die aktuelle Lage lässt zudem befürchten, dass sich die Zahl der Geflüchteten insbesondere aufgrund des Krieges in der Ukraine kurzfristig erheblich erhöhen könnte.

Kommunen, Wohnungswirtschaft, Hilfsorganisationen und Sozialverbände stehen aufgrund der hohen Zahl von Geflüchteten unter erheblichem Druck, zumal die Integration der in den Jahren 2015 – 2017 geflüchteten Menschen in die Gesellschaft sowie den Wohnungs- und Arbeitsmarkt noch lange nicht abgeschlossen sein wird.

In dieser Situation bedarf es jetzt eines von der Landesregierung initiierten und koordinierten Prozesses, in dem alle Kräfte unserer Gesellschaft gebündelt werden.

Dafür muss - genau wie im Jahr 2015 - ein Bündnis für Humanität zwischen Politik, Wirtschaft, Kirchen, Sozialverbänden, Flüchtlingsverbänden, Ehrenamt, Wohnungswirtschaft und Mittelstand geschlossen werden. Nur gemeinsam können die Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden, allen neu zu uns kommenden und hier bereits lebenden Geflüchteten eine menschenwürdige Unterbringung sowie die chancengleiche Teilhabe an allen

relevanten Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu ermöglichen. Hierfür ist insbesondere eine umfassende und wirksame Beteiligung und Unterstützung der Kommunen erforderlich, da diese außerhalb der Landeseinrichtungen die wesentlichen Probleme bei Unterbringung und Integration bewältigen müssen.

Bei der Bewältigung der sog. „Flüchtlingskrise“ in den Jahren 2015-2017 wurden wichtige Erfahrungen gemacht, Strategien entwickelt und Strukturen geschaffen, die jetzt genutzt werden können und auch müssen, um die gegenwärtige Situation bewältigen zu können und uns für dynamische Entwicklungen krisenfest aufzustellen. Dieses muss jetzt und unverzüglich erfolgen, da die vorhandenen Möglichkeiten sichtbar an ihre Grenzen stoßen und einer dramatischeren Entwicklung nicht mehr standhalten werden.

Serpil Midyatli

und Fraktion